

PRESSEMITTEILUNG

Kein Plan, kein Bericht: Berlin braucht eine Jugendstrategie

Berlin, 07.09.2026 | Der letzte Berliner Kinder- und Jugendbericht stammt aus dem Jahr 2000, obwohl das Land ihn gesetzlich jede Wahlperiode vorlegen muss. Eine Jugendstrategie gibt es bis heute nicht. Sie würde alle Ressorts verpflichten, junge Menschen bei politischen Entscheidungen besser zu berücksichtigen. Der Landesjugendring Berlin fordert deshalb beides: einen aktuellen Kinder- und Jugendbericht und eine Jugendstrategie für Berlin.

Älter als Instagram, YouTube, Smartphones: Über ein Vierteljahrhundert ist Berlins letzter Kinder- und Jugendbericht alt. Dabei müsste er laut Gesetz jede Wahlperiode neu erstellt werden. Doch das ist seit dem Jahr 2000 nicht mehr passiert. Ohne aktuelle Daten zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen fehlt die Grundlage für jede evidenzbasierte Jugendpolitik. „Wie will man gute Jugendpolitik gestalten, ohne zu wissen, wie es der Berliner Jugend geht?“, fragt Tilmann Weickmann, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. Der Landesjugendring Berlin fordert daher einen aktuellen Kinder- und Jugendbericht, wie es das Gesetz in §43 des Berliner Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) vorsieht.

Der Bericht wäre auch die Grundlage für den nächsten, größeren Schritt: eine Jugendstrategie. Sie würde alle politischen Ressorts verpflichten, junge Menschen mitzudenken, egal ob bei Wohnen, Mobilität, Arbeit oder Bildung. Eigentlich hatten sich das CDU und SPD schon vorgenommen. Im Koalitionsvertrag heißt es, es brauche „ein ressortübergreifendes Steuerungsgremium, um die Berliner Jugendstrategie zu entwickeln und umzusetzen“. Passiert ist seitdem: Nichts. „Eigentlich ist das alles gar nicht so kompliziert“, sagt Weickmann. „Der Bund hat eine Jugendstrategie, mehrere Bundesländer auch. Berlin bräuchte nur den politischen Willen, es endlich anzugehen.“ Der Landesjugendring Berlin fordert daher eine Senatsinitiative für eine Jugendstrategie, begleitet von einem Beirat mit jungen Menschen und Fachorganisationen.

Ein 26 Jahre alter Bericht, eine Jugendstrategie, die seit Jahren nur angekündigt wird: Berlin fehlt ein Plan für junge Menschen. „Die Jugendstrategie und der Jugendbericht gehören wieder in den nächsten Koalitionsvertrag. Und sie müssen dann auch umgesetzt werden“, sagt Weickmann.

Über die Forderungen von „#WasFürUns: Berlin-Wahl ab 16“

Am 20. September 2026 wählt Berlin. Zum ersten Mal gilt Wahlalter 16. Etwa 780.000 junge Menschen zwischen 6 und 27 Jahren leben in Berlin. Das sind 21 Prozent der Stadtbevölkerung. Ihre Perspektiven spielen in der Politik leider zu selten eine Rolle. In den kommenden Wochen stellt der Landesjugendring Berlin daher seine jugendpolitischen Forderungen vor. Die 10 Forderungen wurden von 37 Berliner Jugendverbänden beschlossen, die zum Landesjugendring Berlin gehören. Die Themen: Wohnen, Mobilität, Jugendverbände und politische Bildung, Ehrenamt und die fehlende Jugendstrategie für Berlin.

Über den Landesjugendring Berlin

Im Landesjugendring Berlin sind 37 Jugendverbände zusammengeschlossen. Junges Ehrenamt, gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen, demokratische Selbstorganisation und außerschulische Bildung sind uns besonders wichtig. Auf dieser Basis gestalten und beeinflussen wir die Kinder- und Jugendpolitik maßgeblich.

www.ljrberlin.de

Pressekontakt

David Spitzl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

spitzl@ljrberlin.de
030 818 861 16
0160 964 269 14

Hinweise an die Redaktion

- Weg zu einer Berliner Jugendstrategie im Detail:
ljrberlin.de/jugendstrategie
- Alle 10 Forderungen im Überblick:
ljrberlin.de/wahl2026/forderungen
- Schwerpunkt zur Berlin-Wahl:
ljrberlin.de/wahl2026